



Zentrale Aufgaben und Finanzen – Ref. 01
Az.: Z-002-13/fi

55232 Alzey, den 02.01.2002

Niederschrift

Nr. der Sitzung: 17

Wahlperiode 1999 - 2004

öffentlich nichtöffentlich öffentlich und nichtöffentlich

Gremium: **Kreistag**

Sitzungsdatum: **20. November 2001**

Uhrzeit: 14.00 – 15.40 Uhr

Sitzungsort: Kreisverwaltung Alzey-Worms, Sitzungsraum 119/120

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Landrat Schrader

Kreisbeigeordnete

| Name/Wohnort | Anwesend von/bis TOP | Entschuldigt |
|----------------------------------|----------------------|--------------|
| Karl-Heinz Jürging, Wörrstadt | 1 – 3 | |
| Heinz Rohschürmann, Alzey | 1 – 3 | |
| Cornelia Schuck-Klebow, Saulheim | 1 – 3 | |

Kreisverwaltung

RD Linkerhägner
BauDir Dr. Schmitt
AR Kauff
OAR Dittmann
SozOAR Michel
ARin Menzel
OAR Straus
OAR Morch
VA Stier

Gäste

Schriftführer/in

VFA Wendel

Kreistagsmitglieder

| Name/Wohnort | Anwesend von/bis TOP | entschuldigt | nicht entsch. |
|--------------------------------------|----------------------|--------------|---------------|
| S P D | | | |
| Anklam-Trapp, Kathrin, Monsheim | 1 – 3 | | |
| Benkert, Knut, Alzey | 1 – 3 | | |
| Corell, Christel, Gundersheim | 1 – 3 | | |
| Dexheimer, Jutta, Flonheim | 1 – 3 | | |
| Espenschied, Philipp, Siefersheim | 1 – 3 | | |
| Görisch, Ernst-Walter, Gau-Odernheim | 1 – 3 | | |
| Hagemann, Klaus, Osthofen | | X | |
| Jockisch, Willy, Westhofen | 1 – 3 | | |
| Kiefer, Gerhard, Eich | 1 – 3 | | |
| Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim | 1 – 3 | | |
| Merker, Helga, Gau-Odernheim | 1 – 3 | | |
| Müller, Bernd, Osthofen | 1 – 3 | | |
| Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein | | X | |
| Pühler, Karl-Heinz, Schornsheim | 1 – 3 | | |
| Seebald, Gerhard, Wörrstadt | 1 – 3 | | |
| Sommer, Nicole, Alzey | | X | |
| Waldmann, Erwin, Flonheim | | X | |
| Winkler, Ingrid, Eich | | X | |

| Name/Wohnort | Anwesend von/bis TOP | Entschuldigt | nicht entsch. |
|--|----------------------|--------------|---------------|
| CDU | | | |
| Blüm, Gerhard, Gundheim | 1 – 3 | | |
| Blumers, Aloys, Alzey | | X | |
| Herok, Mirja, Flörsheim-Dalsheim | 1 – 3 | | |
| Himmler, Roland, Osthofen | | X | |
| Hoffmann, Wolfgang, Alsheim | 1 – 3 | | |
| Jung, Hansjörg, Gau-Bickelheim | 1 – 3 | | |
| Kerz, Andreas, Saulheim | 1 – 3 | | |
| Köhm, Reinhold, Lonsheim | 1 – 3 | | |
| Müller, Christine, Eich | 1 – 3 | | |
| Müller-Grünwald, Lucia, Wöllstein | 1 – 3 | | |
| Nauth, Peter, Westhofen | 1 – 3 | | |
| Pitsch, Anni, Alzey | 1 (bis 14.45 Uhr) | | |
| Schnabel, Heinz-Hermann, Erbes-Büdesheim | 1 – 3 | | |
| Wolf, Peter-Franz, Sulzheim | 1 – 3 | | |
| | | | |
| FWG | | | |
| Clar, Georg-Heinz, Alzey | 1 – 3 | | |
| Mehring, Klaus, Osthofen | 1 – 3 | | |
| Mittnacht, Ludwig, Flomborn | 1 – 3 | | |
| Orb, Fritz, Westhofen | 1 – 3 | | |
| Schnitzspan, Hildegard, Alzey-Dautenheim | 1 – 3 | | |
| | | | |
| FDP | | | |
| Erbes, Heribert, Spiesheim | 1 – 3 | | |
| Seibert, Otto Albert | 1 – 3 | | |
| | | | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | | |
| Becker, Klaus, Bornheim | 1 – 3 | | |
| Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch | 1 – 3 | | |
| Wildner, Jürgen, Eich | 1 – 3 | | |

Landrat Schrader begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlußfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Somit geltende

T a g e s o r d n u n g

| <u>TOP</u> | <u>Bezeichnung</u> | <u>Drucksachen-</u> <u>nummer</u> |
|------------|--|--------------------------------------|
| - | Einwohnerfragestunde | |
| 1 | Beratung und Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushalts- satzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001 | 188/2001 |
| 2 | Beratung und Beschlussfassung über den 1. Nachtragswirtschafts- plan des Abfallwirtschaftsbetriebs für das Jahr 2001 | 189/2001 |
| 3 | Mitteilungen und Anfragen | |

- Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Landrat Schrader machte den Vorschlag die Tagesordnungspunkte 1 und 2 zusammen vorzustellen und zu beraten und abschließend hierüber getrennt abzustimmen. Die Kreistagsmitglieder stimmten diesem Vorschlag einmütig zu.

Tagesordnungspunkt: 1 + 2

Drucksachennummer: 188+189/2001

Beratung und Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushalts-satzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001

Beratung und Beschlussfassung über den 1. Nachtragswirtschafts-plan des Abfallwirtschaftsbetriebs für das Jahr 2001

Landrat Schrader machte zu Beginn seiner Ausführungen deutlich, dass die Summen der vorgenom-menen Änderungen zu einer Verminderung der Einnahmen und zu höheren Ausgaben führe; - dies bedeute, dass sich mit diesem Nachtragshaushalt auch das Defizit für das Jahr 2001 noch weiter erhöhe.

Die laufenden Einnahmen des Verwaltungshaushaltes vermindern sich von 137.338.000 DM um 62.300 DM auf nunmehr 137.275.700 DM. Die Summe der Ausgaben steige von 138.116.700 DM um 742.200 DM auf 138.858.900 DM. Der Haushaltsfehlbedarf erhöhe sich damit von bisher 778.700 DM um 804.500 DM auf neu 1.583.200 DM.

Damit seien rd. 1,1 % der Ausgaben nicht durch Einnahmen gedeckt.

Er kündigte in diesem Zusammenhang an, dass sich im kommenden Haushaltsjahr die Finanzsituation des Landkreises dramatisch verschlechtern werde.

Im Vermögenshaushalt vermindern sich die Einnahmen und Ausgaben um 1.598.800 DM auf nunmehr 23.818.200 DM. Der für die Finanzierung der Investitionsausgaben erforderliche Kreditbedarf könne ge-ringfügig vermindert werden, und zwar um rd. 20 TDM auf 14.241.549 DM.

Die Verpflichtungsermächtigungen waren im Basishaushalt auf 12.652.600 DM festgesetzt worden. Einzelne Investitionsmaßnahmen werden in diesem Jahr allerdings nicht mehr kassenwirksam werden, die jeweiligen Ansätze wurden vermindert oder ganz gestrichen.

Soweit Vorhaben betroffen sind, die zügig in Angriff genommen werden sollen, wurden neue Verpflich-tungsermächtigungen eingestellt. Sie erhöhen sich deshalb um 1.542.000 DM auf 14.194.600 DM.

Das Aufkommen der Kreisumlage vermindere sich bei gleichbleibenden Umlagesatz von 35,5 v. H. um 33.900 DM auf 47.801.645 DM.

Die übrigen Festsetzungen der Haushaltssatzung werden durch die Nachtragshaushaltssatzung nicht be-rührt.

Landrat Schrader ging in seinen weiteren Ausführungen auf verschiedene Einzelpläne ein, in welchen sich wesentliche Veränderungen ergeben haben.

Im Einzelplan 9 erwähnte er den erneuten Rückgang der Grunderwerbsteuer. Der Ansatz wurde reduziert um 700 TDM auf 7,8 Mio. DM. Dabei sei sich die Verwaltung angesichts der Höhe der Zahlungseingänge, die während der laufenden Planungsphase verbucht werden konnten, nicht einmal mehr sicher, ob der reduzierte Ansatz noch erreicht werden könne.

Weitere Mindereinnahmen im Einzelplan 9 betreffen die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich und die Kreisumlage mit zusammen rd. 260 TDM. Ursachen dafür seien Änderungen der Berechnungswerte und auch Korrekturen an den Umlagegrundlagen. Zu optimistisch waren wohl auch die Zuweisungen zu den Beförderungskosten kalkuliert.

Zusammengenommen vermindern sich die Einnahmen im Einzelplan 9 um 1 Mio. DM. Zinsersparnisse, eine geringere Pflichtzuführung zum Vermögenshaushalt sowie eine geringere Umlage zum Fonds Deutsche Einheit mit zusammen 750 TDM könnten die Einnahmeverluste nur teilweise kompensieren. Im Ergebnis liefert der Einzelplan 9 nach der veränderten Veranschlagung 261 TDM weniger zur Finanzierung anderer Einzelpläne ab.

Eine weitere, sehr wesentliche Ursache für die Haushaltsverschlechterung finde sich im Einzelplan 4, so **Landrat Schrader** weiter. Dort müssten für Personalkostenzuschüsse an die Träger von Kindertagesstätten 1,5 Mio. DM zusätzlich bereit gestellt werden, denen nur knapp 700 TDM an Mehreinnahmen aus Zuschüssen des Landes gegenüberstehen. Per Saldo entsteht eine zusätzliche Belastung in Höhe von 878 TDM.

Der Mehrbedarf sei zu begründen mit Nachzahlungen an die Träger von Kindertagesstätten für die Jahre 1999 und 2000 sowie durch höhere Abschlagszahlungen für 2001. Zudem sei die Zahl der Gruppen in den Kindertagesstätten in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

Positiv entwickle sich dagegen für die Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Ansätze konnten um 793 TDM gekürzt werden.

Bei den Eingliederungshilfen sei hingegen immer noch kein Ende des Anstiegs absehbar. Dadurch werde ein Teil der zuvor genannten Entlastungen wieder aufgezehrt. Außerdem gebe es Einsparungen im Aufgabenbereich des Sozialamtes, die wenigstens einen Teil der zusätzlichen Ausgaben für die Kindertagesstätten auffangen könnten, so dass der Zuschussbedarf für die soziale Sicherung insgesamt um 528 TDM auf nunmehr 59,5 Mio. DM steige. Der Zuschussbedarf des Einzelplanes 4 beanspruche damit mehr als 43 v. H. aller Einnahmen des Verwaltungshaushaltes. .

Der Schuletat im Einzelplan 2 trage mit einem Anstieg der Ausgaben um 627 TDM ebenfalls negativ zur Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr bei. Von den Mehrausgaben entfallen auf die Kosten der Schülerbeförderung 330 TDM, außerdem seien an Beiträgen für die Schülerunfallversicherung und an Erstattungen für die Realschule in Gau-Odernheim mehr als 80 TDM zusätzlich aufzuwenden.

Naturgemäß entfallen auch von den Mehrkosten für Heizung und Reinigung der größte Teil auf die Schulgebäude und damit auf den Einzelplan 2.

Im Einzelplan 1, so **Landrat Schrader**, zeichne sich zumindest unter finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten in der zentralen Bußgeldstelle eine recht positive Entwicklung ab. Verstärkte Kontrollen der Polizei, vor allem auf den Autobahnen, lassen das Aufkommen aus den angezeigten Ordnungswidrigkeiten um rd. 300 TDM deutlich anwachsen.

Natürlich verursache der starke Anstieg der Fallzahlen auch höhere Personalkosten, weil ohne Personalaufstockung eine fristgerechte Bearbeitung nicht sichergestellt werden. Auch höhere Sachkosten müssten gegengerechnet werden, diese betreffen hauptsächlich die Portokosten für die förmliche Zustellung der Bescheide.

Da von dem Rückkehrprogramm für kosovo-albanische Asylbewerber, das noch Ende des vergangenen Jahres aufgelegt wurde, erstaunlich wenig Gebrauch gemacht wurde, könne der dafür bereit gestellte Haushaltsansatz um 160 TDM vermindert werden.

Damit ergebe sich aus dem Teilhaushalt für die öffentliche Sicherheit und Ordnung Verbesserungen in Höhe von 460 TDM.

Bei den Personalausgaben könnte auch im laufenden Jahr wieder eine Reduzierung vorgenommen werden, und zwar in Höhe von 166 TDM, obwohl zusätzliche Amtshandlungen im Zusammenhang mit der BSE-Krise Mehrausgaben in Höhe von 54 TDM verursacht hätten. Die Einsparungen beruhen im wesentlichen auf einer nicht eingeplanten Ruhestandsversetzung und auf der Nichtbesetzung bzw. der verzögerten Besetzung von Stellen.

Nicht zuletzt wirke sich natürlich auch die Vergabe von Reinigungsleistungen in kreiseigenen Gebäuden beim Personal kostenmindernd aus, mit der Folge, dass für die Fremdleistungen zusätzliche Mittel bei den Betriebsausgaben bereit gestellt werden müssten. Im Ergebnis rechne sich allerdings die Vergabe von Reinigungsleistungen in finanzieller Hinsicht dennoch für den Landkreis.

Zum Vermögenshaushalt führte **Landrat Schrader** aus, dass im Bereich des Brandschutzes für die Anschaffung eines neuen Dekontaminations-LKW 250 TDM veranschlagt wurde.

Im Laufe des Jahres sei eine technisch andere Lösung gefunden worden, die allerdings erst 2002 zum Tragen käme. Deshalb sei im Nachtrag nur eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung eingestellt.

Eine Verlagerung in das kommende Jahr erfahre auch der Ansatz für eine zusätzliche Relaisstelle in Monsheim, weil dafür das Bewilligungsverfahren für die Landeszuweisung noch nicht abgeschlossen sei. Der Ausgabenansatz über 80 TDM werde im kommenden Jahr neu veranschlagt.

Auch für dieses Vorhaben ist in Höhe des bisherigen Haushaltsansatzes eine Verpflichtungsermächtigung eingestellt, damit nach Eingang des Bewilligungsbescheides die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen

gegeben seien, um die notwendigen Schritte einzuleiten.

Bei den Bauarbeiten an dem Großprojekt „Erweiterung des Elisabeth-Langgässer-Gymnasiums“ habe sich herausgestellt, dass die Brandschutzvorkehrungen in dem bestehenden Gebäudeteil nicht mehr den heutigen Sicherheitsvorschriften entsprechen. Für die Nachbesserungen im Altbau werden 750 TDM zusätzlich bereit gestellt.

Außerdem habe sich erwiesen, dass der Baugrund weniger tragfähig sei, als man erwartet habe. Die erforderlichen Pfahlgründungen verursachten Mehrkosten in Höhe von 250 TDM.

Zusammen steigen die Baukosten dadurch um 1 Mio. DM.

Im Zuge der Erweiterung des Gymnasiums sollen auch die Aluminiumfenster durch moderne, energiesparendere Fenster ersetzt werden. Der mit 1,5 Mio. DM vorgesehene Ansatz deckt nicht die hohen Entsorgungskosten für die alten Fenster (70 TDM) und die Architekten- und Ingenieurleistungen.

Eine Anhebung um 350 TDM sei unerlässlich. Der Mehrbedarf für das Elisabeth-Langgässer-Gymnasium betrage damit insgesamt 1,35 Mio. DM.

Für Straßenbauprojekte waren im Basishaushalt 3 MioDM vorgesehen.

Die Wahl kostengünstigerer Ausbauarten und günstigere Ausschreibungsergebnisse haben Einsparungen von 1,45 Mio. DM ergeben. Die größte Ersparnis mit 1 Mio. DM betrifft den Ausbau der K 10 von Alzey-Weinheim bis zur L 406.

Demgegenüber müssten der Ausbau der Ortsdurchfahrt Kettenheim und die Erneuerung der Brücke an der K 11 bei Alzey-Weinheim mit einem Volumen von je 250 TDM im nächsten Jahr neu veranschlagt werden. Für beide Maßnahmen werden Verpflichtungsermächtigungen neu eingestellt.

Die schon im vergangenen Jahr zurückgestellten Maßnahmen am Hochwasserrückhaltebecken bei Westhofen kommen auch in diesem Jahr nicht zur Ausführung. Der mit 1,1 Mio. DM vorgesehene Ansatz werde auf 100 TDM reduziert. Es könne davon ausgegangen werden, dass nun endgültig im kommenden Haushaltsjahr mit den Bauarbeiten begonnen werde, deshalb würden die erforderlichen Mittel im Vermögenshaushalt 2002 erneut bereit gestellt.

Die Ansatzkorrekturen auf der Ausgabenseite und auf der Einnahmeseite gleichen sich nahezu aus. Trotz erheblicher Verschiebungen bleiben deshalb die Auswirkungen auf den Kreditbedarf mit -20 TDM vergleichsweise gering.

Die Verschuldung des Landkreises Alzey-Worms bezifferte sich am Beginn dieses Jahres auf rd. 101 Mio. DM.

Nach Abzug der bisher geleisteten Tilgungen liege der Schuldenstand gegenwärtig bei rd. 102,2 Mio. DM

Im laufenden Haushaltsjahr sei eine zusätzliche Kreditaufnahme vorgesehen von 14,2 Mio. DM, die allerdings noch nicht in Anspruch genommen wurde. Mit den großen Baumaßnahmen würde erst in diesem Jahr begonnen. Die Verwaltung rechne daher erst zum Jahresende mit dem Eingang größerer Abschlagsrechnungen. Es müsste deshalb davon ausgegangen werden, dass die vorgesehenen Kreditaufnahmen noch bis zum Rechnungsabschluss dieses Jahres getätigt werden. Damit kann der Schuldenstand des Landkreises bis zum Abschluss des laufenden Jahres auf 116,4 Mio. DM beziffert werden.

Die für das nächste Jahr projektierten Vorhaben werden – zumindest nach dem Stand der vorläufigen Planung – dazu führen, dass der Landkreis im Jahr 2002 den mit Abstand größten Schuldenzuwachs seit vielen Jahren zu erwarten habe.

Dabei spiele natürlich auch eine Rolle, dass in hohem Maße Beträge vorfinanziert werden müssten, die als Fördermittel vom Land bewilligt oder in Aussicht gestellt seien, die aber als Kassenmittel erst in den kommenden Jahren eingehen werden.

Abschließend merkte **Landrat Schrader** an, dass zusammenfassend mit der Verabschiedung dieses Nachtragshaushaltes im Vermögenshaushalt ein Volumen von fast 24 Mio. DM festgeschrieben werden könne.

An Verpflichtungsermächtigungen kommen mehr als 14 Mio. DM hinzu, das macht zusammen rd. 38 Mio. DM. Sowohl von den vorgesehenen Investitionen als auch von den später zu veranschlagenden Verpflichtungsermächtigungen werde der weit überwiegende Teil kreditfinanziert werden müssen.

Der ohnehin unterfinanzierte Verwaltungshaushalt erfahre dadurch auf lange Sicht zusätzliche Mehrbelastungen durch den Schuldendienst. Nur der in diesem Nachtrag vorgesehene Kreditbedarf werde mit Zinsen und Tilgung 882 TDM pro Jahr kosten, das seien fast zwei Drittel dessen, was ein Punkt Kreisumlage einbringe.

Dies alles sei um so dramatischer, als massive Einbrüche in die Finanzausstattung im kommenden Jahr ins Haus stünden. Die aufgekeimten Hoffnungen auf eine Besserung der Finanzlage, die sich auf das ausgeglichene Jahresergebnis von 1999 und den geringen Finanzierungsüberschuss des Jahres 2000 stützten, seien aus heutiger Sicht in weite Ferne gerückt. Der Kreis stehe wieder, wie 1992, vor einer langen Zeitspanne, in der das Thema Haushaltskonsolidierung jede einzelne Entscheidung beeinflusse.

Trotz dieser düsteren Prognose bat **Landrat Schrader** abschließend um Zustimmung zum 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001 und zum 1. Nachtragswirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebs für das Jahr 2001.

Beigeordneter Rohschürmann führte eingangs seiner Rede zum Nachtragswirtschaftsplan aus, dass der ursprüngliche Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2001 einen Fehlbedarf von 1 424 000,-- DM auswies. Der vorliegende 1. Nachtragswirtschaftsplan prognostiziere eine weitere Kostenerhöhung von rd. 487 000 DM und Erlösminderungen von rd. 221 000 DM, insgesamt rd. 708 000 DM, sodass das operative Ergebnis einen Gesamtfehlbedarf für 2001 von 2 132 000 DM ausweise. Bezüglich der Einzelheiten verwies er auf die Vorlage.

Durch die Auflösung der nicht benötigten Rückstellung für den Rückbau des Alzeyer Kompostwerkes von 1 320 000 DM und dem Buchgewinn aus dem Verkauf der Immobilie Kompostwerk Alzey von 956 000

DM, insgesamt 2 276 000 DM könne nicht nur der Fehlbedarf ausgeglichen werden sondern es stehe auch ein Überschuss in Höhe von 144 000 DM in Aussicht.

In Bezug auf die Kostensteigerungen und Erlösminderungen bei der Vergärungsanlage wies **Beigeordneter Rohschürmann** darauf hin, dass die Mitglieder des Kreistages darüber informiert worden seien, dass ein Vergleich mit dem Anlagenhersteller geschlossen wurde.

Durch den Einbau einer weiteren Entwässerungspresse sei die Überbelastung dieses Anlageteiles behoben. Die Anlage laufe seit dieser Zeit problemlos. Störungen aufgrund der Anlagenkonzeption seien nicht mehr aufgetreten. Der gesamte angelieferte Bioabfall – auch von anderen Kompostwerken im sogenannten Ausfallverbund – werde angenommen und verarbeitet. Die Kompostqualität sei hervorragend. Auch die Biogasverwertung im BHKW II laufe inzwischen plangemäß.

Die höheren Kosten für die gesonderte Papiersammlung resultierten vorrangig aus den schwankenden Erlösindices.

Die Veränderungen im Vermögensplan in Höhe von rd. 2 115 000 DM resultieren im wesentlichen bei den Einnahmen aus der erhöhten Abschreibung aus dem Buchrestwert des Kompostwerkes und bei den Ausgaben aus baulichen Massnahmen auf der Deponie, Abrisskosten des alten Kompostwerkes und Sondertilgung eines Darlehens.

Auch nach diesen Veränderungen durch den 1. Nachtragswirtschaftsplan 2001 würden keine Kreditermächtigungen erforderlich. Die Liquidität hat sich durch den Verkauf der Immobilie Kompostwerk Alzey weiter verbessert.

Die Verpflichtungsermächtigungen erhöhen sich um 110 000 DM auf 240 000 DM.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite bleibt mit 1 Mio DM unverändert.

Der Nachtragswirtschaftsplan, so **Beigeordneter Rohschürmann** abschließend, mache deutlich, dass er nur durch ausserordentliche Erlöse ausgeglichen dargestellt werden konnte. Da diese leider einmalig seien stehen sie für die nächsten Haushalte nicht mehr zur Verfügung. Ohne eine Gebührenerhöhung im kommenden Wirtschaftsjahr sei der nächstjährige Wirtschaftsplan nicht zu finanzieren. Die vierjährige Gebühreinstabilität werde trotz allergrößtem Sparwillen nicht fortsetzbar sein.

Fraktionsvorsitzender Görisch (SPD) erklärte für seine Fraktion jeweils die Zustimmung zum Nachtragshaushaltsplan und zum Nachtragswirtschaftsplan. Er machte deutlich, dass die Entwicklung, die im Nachtragshaushaltsplan zu verzeichnen sei, sehr bedenklich sei.

Der Fehlbedarf von 1,5 MioDM werde den Landkreis auch in den nächsten Jahren weiter belasten. Auch im Jahr 2002 werde der Landkreis unter dem Niveau des Jahres 2000 liegen. Das Land greife immer tiefer in die Taschen der Kommunen. Er wies darauf hin, dass die Beratungen zum Haushalt 2002 unter dem Aspekt der Sparsamkeit zu führen seien.

Weiter hob er den Erfolg in der Aktion „Arbeit statt Sozialhilfe“ hervor. Hier sollte das Engagement fortgeführt werden.

Im Bereich der Kindertagesstätten sollte mittel- und langfristig geprüft werden, wie die Personalkosten bewältigt werden könnten, ohne dass die Eltern weiter herangezogen werden müssten.

Zum Vermögenshaushalt führte **Fraktionsvorsitzender Görisch** aus, dass beim Rückhaltebecken Westhofen Informationen an die Bürger weitergeben werden, um deutlich zu machen, dass es dem Landkreis nur noch darum gehe, Hochwasserschutz zu betreiben.

Die Einsparungen im Bereich Straßenbau merkte er positiv an.

Zum Nachtragswirtschaftsplan merkte er erfreut an, dass der ursprüngliche Fehlbedarf abgedeckt werden konnte. Dies sei zwar nur durch außerordentliche Einnahmen erfolgt, aber die Rückstellungen seien hierfür worden.

Seine Fraktion habe dafür plädiert, dass das Abfallwirtschaftskonzept erst im Jahr 2002 fortgeschrieben werden sollte. Die neue Vertragsregelung in Sachen „Grüner Punkt – DSD“ und die Frage, was mit dem Restmüll ab dem Jahr 2005 geschehen wird, müssten zunächst im Jahr 2002 ausführlich diskutiert werden. Erst dann könne die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes vorgenommen werden.

Zu Beginn seiner Ausführungen machte **Fraktionsvorsitzender Schnabel (CDU)** deutlich, dass der Nachtragshaushaltsplan für die Zukunft nichts Gutes ankündige. Der ausgewiesene Fehlbedarf habe sich verdoppelt und dies sei nichts einmaliges, sondern man müsse davon ausgehen, dass dies die Regel sein werde.

Die Personalkostenzuschüsse im Bereich der Kindergärten seien zwar zum Teil noch aus Vorjahren mit Nachzahlungen belastet, aber der Landkreis werde auch künftig in diesem Bereich erhöhte Ausgaben haben. Dies hänge mit der gestiegenen Anzahl der Gruppen zusammen.

Auch er ging in seinen Ausführungen auf den Wegfall bzw. zunächst einmal den Rückgang der Grunderwerbssteuer ein. Interessant sei, dass bei der einzigen Kommunalsteuer des Landkreises, die Jagdsteuer, ebenfalls ein Einnahmeverlust zu verzeichnen sei.

Positiv merkte **Fraktionsvorsitzender Schnabel** die Einsparung von Zinsaufwendungen in Höhe von 600 TDM an.

Auch er hob die Erfolge im Bereich des Projektes „Arbeit statt Sozialhilfe“ hervor. Hier sei der richtige Weg eingeschlagen worden.

Die Einsparungen im Bereich der Personalausgaben seien ebenfalls positiv anzumerken, aber auch hier müsste in absehbarer Zeit die Meßlatte angelegt werden müssen. Hier seien Einsparungen noch am ehesten machbar, allerdings dürfte der Service durch die Kreisverwaltung nicht eingeschränkt werden.

Generell kritisierte er die Aufgabenübertragung durch das Land Rheinland-Pfalz, ohne dass den Kommunen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden.

In Bezug auf den Nachtragswirtschaftsplan signalisierte er für seine Fraktion die Zustimmung.

Fraktionsvorsitzender Mittnacht (FWG) bedauerte, dass die Möglichkeit, die im Verwaltungshaushalt erwirtschafteten Mittel und die Summe der Investitionsschlüsselzuweisung zur Finanzierung der unabhängigen gewaltigen Investitionen im Schulbereich zu verwenden, in weite Ferne gerückt sei.

Auch er ging in seinen weiteren Ausführungen auf die von seinen Vorrednern aufgeführten Einnahmeverluste ein. Er machte deutlich, dass die Maßnahmen des Landes, um den eigenen Haushalt zu sanieren, den Landkreis an den Rand der Zahlungsunfähigkeit führen könnten.

Seine Fraktion befürchte zudem große Negativkosten in Form von Mehrausgaben im Bereich der Kindertagesstätten. Immer wieder zusätzliche Gruppen führen zu Nachzahlungen und höheren Abschlagszahlungen in Größenordnung von vielen 100.000 DM. Selbstverständlich sollte jedes Kind seinen Kindergartenplatz haben, das Land nehme allerdings keinen Kostenausgleich vor. Das Land gebe den Trägern der Kindertagesstätten Standards vor, die Kosten dürften dann die Kommunen tragen.

Nicht unerwähnt dürften die Einsparungen im Personalbereich in Höhe von 166 TDM bleiben, so **Fraktionsvorsitzender Mittnacht** weiter.

Die Einsparungen im Bereich der Darlehenszinsen seien auf günstige Konditionen sowie auf nicht erfolgte Kreditaufnahmen zurückzuführen. Die Kosten werden allerdings im Haushaltsjahr 2002 wieder zu Buche schlagen. Hier sei es angezeigt aufgrund der anstehenden Haushaltslage auf Vorfinanzierungen zu verzichten und erst zu bauen, wenn die Landesmittel zur Verfügung stehen.

Für seine Fraktion signalisierte er Zustimmung zum Nachtragshaushaltsplan und Nachtragswirtschaftsplan.

Fraktionsvorsitzender Becker (Bündnis 90/Die Grünen) machte in seinen Ausführungen deutlich, dass der vorliegende Nachtragshaushaltsplan einen ersten Vorgeschmack auf das gebe, was der Kreistag im Hinblick auf die katastrophale Haushaltslage für das kommende Jahr beraten müsse.

Der Einzelplan 4 sei nach seiner Meinung nach immer wieder für Überraschungen gut. In den Bereichen Jugend und Soziales sei jedoch weiterhin eine Planungsunsicherheit vorhanden. Die Ausgaben in der Jugendhilfe seien zwischenzeitlich recht stabil. Hier zahle sich solide Planung, enge Kooperation mit der Wohlfahrtspflege und wissenschaftliche Begleitung in einem Modellprojekt aus. Im Kindertagesstättenbereich seien jedoch, vor allem bedingt durch Nachzahlungen, erhebliche Mehrkosten zu verzeichnen. Es stelle sich hier die Frage, ob diese zu erwartenden Nachzahlungen nicht schon in der Planung des Basishaushaltes hätten berücksichtigt werden müssen. Weiter stellte er die Frage in den Raum, ob teilweise rückläufige Belegungszahlen nicht zu Einschränkungen im Kindertagesstättenangebot statt für Verlagerung in die Ganztags-, Übermittags-, Krippen- und Hortbetreuung genutzt werden sollten. Gerade hier sei der Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit besonders wichtig.

Die Einsparungen im Bereich der Sozialhilfe seien durch die Bemühungen des Landkreises im Projekt „Arbeit statt Sozialhilfe“ erreicht worden. Es sei jedoch nicht gelungen weitere nennenswerte Sparpotentiale zu erschließen. Wenn der Landkreis beginne sich auf dem Erreichten auszuruhen, so die Prognose von **Fraktionsvorsitzenden Becker**, würden die Einsparungen in der Hilfe zum Lebensunterhalt künftig

zurückgehen. Die angedachte Reduzierung der Koordinationstätigkeit in diesem Bereich sei äußerst kritisch zu sehen und geeignet, weitere Einsparungen zu verhindern.

Die Einsparung im Vermögenshaushalt aufgrund von Verschiebungen von Baumaßnahmen, seien lediglich ein verschobenes, aber kein gelöstes Problem. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die jeweiligen Kostenmehrungen im Bereich der Schulbaumaßnahmen.

Er machte deutlich, dass seine Fraktion dem Nachtragshaushaltsplan wegen zum Teil vorhersehbarer oder verhinderbarer Mehrausgaben nicht zustimmen werde.

Dem Nachtragswirtschaftsplan stimme seine Fraktion zu, da wichtige Entscheidungen der Vergangenheit auch durch seine Fraktion mitgetragen wurden. Es zeichne sich allerdings ab, dass der Eigenbetrieb von dem beauftragten Ingenieurbüro nicht in ausreichendem Maße beraten werde. Dies habe seine Fraktion bereits mehrfach angemahnt. Auch äußerte er Kritik über die Unentschlossenheit bei der dringend nötigen Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes.

Fraktionsvorsitzender Erbes (FDP) ging eingangs seiner Ausführungen ebenfalls auf die katastrophale Entwicklung der Finanzlage des Landkreises ein. Seine Fraktion tue sich schwer, dem immer mehr fremdbestimmten Haushalt zuzustimmen. Man sehe allerdings auch keine andere Möglichkeit, den Haushaltes anders zu gestalten. Seine Zustimmung sprach er auch für den Nachtragswirtschaftsplan aus.

Zukünftig müsste sich grundsätzlich Gedanken gemacht werden, wie man die Kommunen seitens des Staates behandeln und welche Bedeutung man den Kommunen noch beimessen wolle. Von kommunaler Selbstverwaltung könnte man schon nicht mehr sprechen, doch Gestaltungsspielräume bzw. –freiräume müssten noch einzuräumen sein.

Im Bereich der Personalkosten für Kindertagesstätten machte er deutlich, dass auch über Standrads diskutiert werden müsse. Er wies darauf hin, dass in diesem Bereich noch einiges an Kosten auf den Landkreis zukommen werde. Er hob in diesem Zusammenhang auch die Einrichtung der Ganztagschulen hervor.

Im Vermögenshaushalt wies **Fraktionsvorsitzender Erbes** auf die Einsparungen im Bereich der Straßenbaumaßnahmen hin. Hier handele es sich allerdings um ein zweiseitiges Schwert. Rufe man sich den Zustand einiger Kreisstraßen in Erinnerung, müsste man nicht sonderlich stolz drauf sein, dass man in diesem Bereich Einsparungen habe vornehmen können.

Er pflichtete seinem Vorredner dahingehend bei, dass überproportionale Mehrkosten bei Schulbaumaßnahmen entstanden seien. Zielgenauere Haushaltsansätze seien hier sicher angebrachter.

Bezüglich der Vermittlungstätigkeit der Fa. Maatwerk im Projekt „Arbeit statt Sozialhilfe“ wies er darauf hin, dass es zwischenzeitlich auch andere Modelle gebe, mit denen sich der Landkreis auch einmal befassen sollte, um geeignete Anschlussmaßnahmen vornehmen zu können.

In Bezug auf die Abfallwirtschaft machte er auf die Absicht die Gebühren für die Müllentsorgung im kommenden Jahr anzuheben aufmerksam. Zwar bleibe dem Landkreis keine andere Möglichkeit als eine Gebührenerhöhung vorzunehmen, er rief aber dazu auf, detaillierte Diskussionen unter Ausnutzung aller Einspareffekte vorzunehmen. In anderen Landkreisen oder Städten seien schon mehrfach Gebührensenkungen vorgenommen worden.

Beigeordneter Rohschürmann führte bezüglich der Gebühren für die Abfallbeseitigung aus, dass es schwierig sei, die Gebühren der einzelnen Abfallwirtschaftsbetriebe miteinander zu vergleichen, da die angebotenen Leistungen stark voneinander abweichen würden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, ließ **Landrat Schrader** über die einzelnen Tagesordnungspunkte getrennt abstimmen.

Beschluß:

Der Kreistag beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001 in der heute beratenen Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig ..32.. Ja ..3.. Nein Enthaltungen

Form der Abstimmung:

offen geheim namentlich

Beschluß:

Der Kreistag beschließt die 1. Nachtragswirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2001 in der vom Werksausschuß am 22.10.2001 beratenen Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig Ja Nein Enthaltungen

Form der Abstimmung:

offen geheim namentlich

Tagesordnungspunkt: 3

Drucksachenummer:

Mitteilungen und Anfragen

Anfrage von Frau Kolb-Noack (Bündnis 907Die Grünen) vom 18.11.2001

Die Entsorgung der Alt-Aluminiumfenster am Elisabeth-Langgässer-Gymnasium verursacht einen inanziellen Mehrbedarf von 350.000 DM.

Nach unseren Informationen wurde der Wertstoff fein säuberlich in Container gestapelt und nach den Niederlanden abtransportiert.

Wir fragen daher an:

1. Stimmt es, dass die Alurahmen als Wertstoff exportiert wurden?
2. Wenn nein, wo und wie wurden sie entsorgt?
3. Warum mussten sie entsorget werden?
4. Wieso verursacht der Export unerwartet hohe Entsorgungskosten statt rentable Gewinne?

Antwort der Verwaltung:

Die vom Kreistag im April 2001 beschlossene überplanmäßige Ausgabe von 350.000 DM bezog sich nicht nur auf die in der ursprünglichen Kostenkalkulation versehentlich nicht veranschlagte Entsorgung der Fenster, sondern insbesondere auch auf nicht berücksichtigte Nebenkosten für Architekt und Fachingenieur. Die tatsächlich entstandenen Kosten für Ausbau und Entsorgung der Fenster betragen laut Rechnung der beauftragten Firma IGM, Medard, 63.410 DM plus MWSt.

In der Ausschreibung war der Einbau der neuen und die Entsorgung der alten Fenster in einem Gewerk zusammengefasst. Ein Leistungsmerkmal für die Entsorgung war die Beachtung der geltenden Verwaltungsvorschrift „Vermeidung und Entsorgung von Bauabfällen“ vom 20.01.1993 der Ministerien für Umwelt, Wirtschaft und Finanzen. Es kann daher angenommen werden, dass die an der Ausschreibung beteiligten Bieter neben den ihnen entstehenden Kosten auch etwaige Erlöse aus der Verwertung von Baureststoffen in ihre Kalkulation mit einbezogen haben.

Die Einzelfragen der Anfrage lassen sich demzufolge nicht konkret beantworten, da der Landkreis naturgemäß keinen Einblick in die internen Vorgänge des Auftragnehmers bei der Abwicklung der vergebenen Leistungen hat.

Anfrage von Frau Kolb-Noack (Bündnis 907Die Grünen) vom 16.10.2001

Statt ein drittes Gymnasium zu errichten, hat der Landkreis Alzey-Worms beschlossen, die beiden bestehenden Gymnasien in Alzey erheblich zu erweitern.

An beiden Gymnasien werden in diesem Schuljahr 2046 Schüler und Schülerinnen von 154 Lehrkräften unterrichtet.

Laut Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Finanzen vom 15.08.1988 sind bei baulichen Veränderungen zusätzliche Stellplätze für PKW einzurichten.

Bei den beiden Gymnasien besteht z.Zt. ein Bedarf von mindestens 110 Stellplätzen.

81 Parkplätze für Lehrer und Lehrerinnen.

30-60 Parkplätze für Schüler und Schülerinnen über 18 Jahre.

Der öffentliche Parkplatz in der Frankenstraße wird zu 2/3 von Bürgern und Bürgerinnen benutzt, die in der Stadt Alzey arbeiten und hier keine Gebühren zahlen müssen. Dieser Parkplatz war und ist daher kein Lehrerparkplatz.

Wir fragen daher an:

1. Wieviel offizielle Parkplätze gibt es derzeit für 154 LehrerInnen und SchülerInnen über 18 Jahre?
2. Wo befinden sich die Parkplätze?
3. Wo beabsichtigt der Landkreis weitere dringend benötigte Stellplätze einzurichten?
4. Wieviel Parkplätze wird es für LehrerInnen und SchülerInnen nach der Fertigstellung der Erweiterungen insgesamt geben?

Antwort der Verwaltung:

Die Anzahl bauaufsichtlich notwendiger Stellplätze richtet sich nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen vom 24. Juli 2000. Nach dieser Vorschrift sind nicht generell bei baulichen Veränderungen zusätzliche Stellplätze einzurichten. Die Zahl der Stellplätze errechnet sich bei Gymnasien

nach der Zahl der Schüler und nach der Zahl der Schülerinnen und Schüler über 18 Jahre. Nach den Richtzahlen beträgt die Zahl der notwendigen Stellplätze

Für das Elisabeth-Langgässer-Gymnasium: 57

Für das Gymnasium am Römerkastell: 51

Die einzelnen Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Es gibt derzeit 148 Stellplätze.
2. 15 Stellplätze befinden sich an der Eingangsseite des Elisabeth-Langgässer-Gymnasiums. 54 Stellplätze befinden sich im Bereich des Gymnasiums am Römerkastell, davon 27 vor dem Eingang, 5 auf der gegenüber liegenden Straßenseite und 22 am Eingang Mehlbergweg. Der öffentliche Parkplatz an der Frankenstraße hat 79 Stellplätze.
3. Im Bereich der beiden Gymnasien sollen keine weiteren Stellplätze vorgesehen werden. Selbst wenn der öffentlich, aber seinerzeit für vorwiegend schulische Zwecke errichtete Parkplatz an der Frankenstraße tatsächlich nur zu einem Drittel von Schulangehörigen genutzt werden könnte, bestünde ein rechnerisches Defizit von lediglich 6 Stellplätzen gegenüber dem bauaufsichtlich erforderlichen Bedarf. Es ist durchaus üblich und liegt auch den bauaufsichtlichen Richtwerten zugrunde, dass nicht jeder vorhandene Bedarf jederzeit befriedigt wird.
4. Es bleibt bei den bisher vorhandenen Stellplätzen.

Weitere Mitteilungen seitens der Verwaltung lagen nicht vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen schloss **Landrat Schrader** um 15.40 Uhr die Sitzung.

(Schrader)
Landrat

(Wendel)
Schriftführerin

(Benkert)
Urkundsperson

(Pitsch)
Urkundsperson

(Schnitzspan)
Urkundsperson

(Becker)
Urkundsperson

(Seibert)
Urkundsperson